

De Maizière rüstet auf

Die Pläne von Innenminister Thomas de Maizière zur Zusammenlegung von Bundeskriminalamt (BKA) und der Bundespolizei bedeuten eine neue Qualität im Abbau der demokratischen Rechte der Bürger. Die Folge wäre eine weitere Aufrüstung des staatlichen Sicherheitsapparates in der Bundesrepublik. "Dieser könnte dann in Zukunft noch stärker gegen soziale Bewegungen, wie jüngst gegen die Anti-Castor-Proteste, oder gar zur Niederschlagung befürchteter sozialer Unruhen eingesetzt werden", wie die innenpolitische Sprecherin der Fraktion der Partei "Die Linke" Ulla Jelpke treffend betonte.

Vor wenigen Wochen war aus den bundesdeutschen Medien der Alarm-Schrei zu hören: Terror auch in unserem Land. Bombenwarnungen hier, verlassene Schmutzwäsche-Koffer dort und Paketbomba-Atrappen, denen allerdings eins fehlte, der Sprengstoff, sollten die Angst vor dem Terror unter den bundesdeutschen Bürgern schüren. Die Medien-Schreie sind noch nicht ganz verklungen, da legt eine Kommission unter Leitung des Ex-Verfassungsschutzpräsidenten Eckart Werthebach (CDU) Pläne für eine Super-Polizei vor. Das BKA soll mit der Bundespolizei - dem ehemaligen Bundesgrenzschutz - mit den Zentralpolizeilichen Diensten (Spezialkräfte/IT), der Zentralabteilung (Personal/Haushalt), und der dem Bundesfinanzminister unterstehenden Zentralen Unterstützungseinheit Zoll (ZUS), die in die polizeiliche Anti-Terror-Einheit GSG 9 integriert werden soll, zu einer Art BRD-FBI fusionieren. Innenminister de Maizière, der diese Pläne bis zum Frühjahr nächsten Jahres zur Entscheidung bringen will, weist den Vergleich mit dem amerikanischen FBI Modell empört zurück. Doch tatsächlich werden seit längerem dafür Vorarbeiten geleistet. So hat das BKA noch unter der Großen Koalition geheimdienstähnliche Befugnisse erhalten, darunter heimliche Video-Ausspähung von Privatwohnungen und die Online-Durchsuchung von Personalcomputern. Wenn das BKA um Zehntausende Bundespolizisten verstärkt wird, entsteht hier eine zentralstaatlich organisierte Polizei mit geheimen Ermittlungskompetenzen, der bürgerliche Freiheitsrechte zwangsläufig zum Opfer fallen würden. Schon damals warnten in einer gemeinsamen Erklärung der Deutsche Richterbund, die Bundesrechtsanwaltskammer, der Deutsche Anwaltsverein und weitere Organisationen von Strafverteidigern: "Diese zusätzlichen Kompetenzen reißen die vom Grundgesetz bewusst gesetzte Grenze zwischen Polizei und Nachrichtendiensten ein, verstoßen gegen das verfassungsrechtliche Trennungsgebot und machen aus dem Bundeskriminalamt einen Geheimdienst". Sie verwiesen auf die Gefahren, die von einem solchen Inlandsgeheimdienst ausgehen können, mit Blick auf die deutsche und europäische Geschichte.

Europaweit nehmen die Proteste gegen die "Spar"programme der

Regierungen, gegen das Sparen für die Banken und Reichen zu. Das besorgt Regierungs- und vor allem Kapitalvertreter. Daher setzt das Kapital hierzulande wie europaweit - auf restriktiveres Vorgehen und auf Spaltung der Bewegungen, um wirksame Massenproteste zu verhindern oder niederzuschlagen. Erinnerung sei an die Aussage von EU-Kommissionspräsident Barroso auf einem Treffen mit Gewerkschaftsführern aus verschiedenen europäischen Ländern, in der er laut "Daily Mail" mit Errichtung von Militärdiktaturen in verschiedenen Ländern im Süden Europas drohte, wenn die umfangreichen Proteste von Gewerkschaften gegen die Abwälzung der Lasten der Krise auf den "kleinen Mann" in Ländern wie Griechenland, Italien, Spanien und Portugal anhalten. Er warnte davor, "dass diese Länder in ihrer demokratischen Gestaltung, wie wir sie derzeit kennen, verschwinden könnten". So offen und erpresserisch wurde selten von führenden EU-Politikern eine Drohung ausgesprochen.

Offensichtlich sollen mit den Plänen des Ex-Verfassungsschutzpräsident Eckart Werthebach (CDU) Voraussetzungen geschaffen werden, um im Falle von wachsenden sozialen Unruhen auch in Deutschland das entsprechende Instrumentarium zu ihrer Niederschlagung parat zu haben.

Wolfgang Teuber

[◀ zurück](#)

[Artikel versenden](#)